



## **NATO-Gipfel: Machtverfall**

**Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt**  
**Botschafter a.D.**

**Juli 2024**

### **Zusammenfassung**

---

Nach dem NATO-Gipfel in Washington ist die Krise der euro-atlantischen Partnerschaft nicht mehr zu übersehen. Während die USA die Stationierung von Langstreckenwaffen in Deutschland planen, sind die Fundamente der deutschen Sicherheitspolitik gefährdet.

### **Das ISPSW**

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



## Analyse

---

„Für die Sicherheit Deutschlands ist das transatlantische Bündnis von elementarer Bedeutung,“ erklärte die Bundesregierung am 4. April 2024. Verbunden mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union bot die NATO der Bundesrepublik über Jahrzehnte hinweg eine stabile strategische Grundlage. Jetzt aber zeigten die pompösen Feierlichkeiten anlässlich des 75. Gründungstags, dass auch Bündnisse altern. Die Betrachtung der Wirklichkeit erfasst eine Allianz im Niedergang.

### Gipfel des Triumphs

Der Vergleich mit dem Gipfel anlässlich des 50-jährigen Bestehens der Allianz belegt die dramatische Fallhöhe. Im April 1999 repräsentierte Präsident Bill Clinton trotz seiner erotischen Eskapaden die westliche Führungsmacht als politisch handlungsfähiger Gastgeber. Präsident Jaques Chirac, ein innen- und außenpolitisch anerkannter Staatsmann, vertrat Frankreich. Und ebenso wie Premierminister Tony Blair stand der gut beratene und entscheidungsfreudige Bundeskanzler Gerhard Schröder für eine selbstbewusste und moderne europäische Linke.

Nicht dabei war Russlands alkoholkranker Präsident Boris Jelzin. Er hatte die Einladung zum NATO-Jubiläum abgelehnt, denn Moskau befand sich im Frühjahr 1999 innen- und wirtschaftspolitisch in einer schwierigen, ja sogar verzweifelten Lage. Zudem stand Moskau auch außenpolitisch unter Druck, zeichnete es sich doch ab, dass die Beendigung des blutigen Kosovo-Konflikts ein militärisches Eingreifen von außen erforderte. Präsident Milosevic hatte im Vertrauen auf russische Rückendeckung den mit den Kosovo-Albanern ausgehandelten Entwurf eines Friedensvertrags abgelehnt. Um den Widerspenstigen zur Annahme zu zwingen, begann die NATO am 24. März 1999 den Luftkrieg gegen Serbien. Ihre Angriffsziele waren zunächst die strategische Infrastruktur und militärische Einrichtungen. Erstmals seit 1945 nahm Deutschland mit seiner Luftwaffe wieder an Kriegshandlungen teil.

Im Anschluss an die Geburtstagsfeier in Washington verstärkte die NATO ihre Offensive. Jetzt nahm sie auch zivile Kollateralschäden, etwa die chinesische Botschaft in Belgrad, in Kauf. So kam es, wie es kommen musste: Milosevic gab nach. Am 9. Juni 1999 unterzeichnete Belgrad ein Abkommen mit der NATO, das den Abzug der serbischen Streitkräfte aus dem Kosovo und den Einmarsch internationaler Truppen festlegte. Einen Tag später, am 10. Juni 1999, verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1244. Sie legitimierte nachträglich die Intervention der NATO, die „out of treaty“ jenseits ihres Vertragszwecks als Verteidigungsbündnis und ohne vorangegangenes Mandat der Vereinten Nationen mit militärischen Mitteln die Beendigung des Kosovo-Krieges durchgesetzt hatte.

### Etappen des Reputationsverlusts

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs liegen die Unterschiede zum jüngsten NATO-Gipfel auf der Hand. Im Juli 2024 empfing ein körperlich und geistig gezeichneter Greis die Staats- und Regierungschefs der Allianz in Washington. Innenpolitisch geschwächt und in der Sahelzone militärisch gescheitert vertrat Emmanuel Macron das einst stolze Frankreich. Der neu gewählte Premierminister des Vereinigten Königreichs war ein politisch unbeschriebenes Blatt. Bundeskanzler Scholz reiste immerhin mit einem mühsam erarbeiteten



Haushaltsentwurf und der Hoffnung an, in Berlin noch ein Jahr lang die Richtlinien deutscher Politik bestimmen zu können.

Der Ansehensverlust der westlichen Spitzenpolitiker wiegt schwer. Schon im "Leviathan" hatte Thomas Hobbes auf Wert einer intakten Reputation hingewiesen: "Die Reputation der Macht ist Macht; denn sie bringt mit sich die Gefolgschaft jener, die des Schutzes bedürfen". Reputation gehört zu den unverzichtbaren Voraussetzungen politischer Autorität und je größer die Autorität, desto größer die Chance, zur Durchsetzung des eigenen Machtanspruchs auf Gewalt verzichten zu können.

Als George Bush der Ältere am 11. September 1990 vor dem US-Kongress den "Novus ordo saeculorum" verkündete, verfügten die USA unangefochtene über die Autorität der einzig verbliebenen Weltmacht. Sie trug 1995 entscheidend dazu bei, den Bosnien-Krieg in Dayton/Ohio durch einen Kompromissfrieden zu beenden. Aber nach dem 11. September 2001 ging sie in Etappen verloren. Der von neokonservativen Ideologen propagierte, von Bush dem Jüngeren befohlene und von Senator Joe Biden unterstützte Einmarsch in den Irak endete mit der Destabilisierung des Zweistromlandes und dem Scheitern einer von den USA geführten Koalition. Schließlich führte am 15. August 2021 der siegreiche Einmarsch der Taliban in Kabul der Welt das Debakel der von USA und NATO gemeinsam geführten westlichen Intervention am Hindukusch vor Augen.

Dem spektakulären Prestigeverlust waren im Sommer 2020 heftige Rassenunruhen in zahlreichen Städten der USA vorausgegangen, bevor am 6. Januar 2021 ein von Donald Trump aufgewiegelter Mob das Kapitol in Washington stürmte. Im ersten Halbjahr 2024 offenbarte dann der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf die Krise der Elitenauswahl im Parteiensystem der westlichen Führungsmacht. Er vertiefte die ideologische und gesellschaftliche Spaltung ihrer Gesellschaft. Als Donald Trump, möglicherweise nächster Präsident der USA, noch während des NATO-Gipfels die amerikanische Beistandspflicht ausdrücklich in Frage stellte, war klar, dass die Verbündeten Washingtons nur noch bedingt mit einer schützenden und gestaltenden US-Politik rechnen können.

### Verlorene Anschlussfähigkeit

So gewinnen Kritiker und Gegner der euro-atlantischen Allianz Auftrieb. Sie sind nicht mehr bereit, einer Leitlinie wie „We are fighting a war with Russia“ zu folgen, die die deutsche Außenministerin als profilierte Vertreterin wertegeliteter Diplomatie vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats aufzeigte.

Wichtige Staaten verfolgen in der Ukraine-Frage ihre eigenen Interessen und koppeln sich von der Politik Washingtons ab. Dabei sammeln sie sich nicht um Putins Moskau, das vor dem Washingtoner NATO-Gipfel rücksichtslos das Kinderkrankenhaus von Kiew bombardieren ließ. Aber sie ziehen sich auf die Zuschauertribüne zurück oder orientieren sich an der geschickten chinesischen Außenpolitik.

Pekings Positionierung hat sich in den vergangenen zwei Jahren in bemerkenswerter Weise verändert und beeinflusst das Verhalten anderer Staaten. Knapp einen Monat nach dem russischen Angriff auf Kiew verurteilten im März 2022 noch 141 Staaten während einer Dringlichkeitssitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen Moskaus Aggression. 35 Staaten, darunter China, Indien und Iran, enthielten sich.

Aber als sich wenige Wochen vor dem NATO-Gipfel in der neutralen Schweiz 92 Staaten zu einer als "Friedenskonferenz" deklarierten Zusammenkunft auf dem Bürgerstock trafen, ergab sich ein differenzierteres Meinungsbild. Russland war als Aggressor nicht eingeladen, aber auch China war nicht erschienen. Nur 78



Länder stimmten der Abschlusserklärung zu. Indien verfolgte seine Politik der freien Hand, unterzeichnete die Bürgerstock-Erklärung nicht und bereitete statt dessen Modis Besuch bei Putin zeitgleich zum NATO-Gipfel vor.

Auch Indonesien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Thailand unterschrieben die Bürgerstock-Erklärung nicht. Auch Brasilien und Mexiko, die größten Demokratien Lateinamerikas, verweigerten ihre Zustimmung, nachdem schon im Mai Brasilien gemeinsam mit China Friedensverhandlungen zwischen Moskau und Kiew gefordert hatte.

### Formierung der Gegenkräfte

Kurz vor den Feierlichkeiten in Washington trafen sich dann in Astana, der Hauptstadt Kasachstans, die Führer der Shanghai Cooperation Organization (SCO). Ihr gehören außer China noch drei weitere Nuklearmächte an: Russland, Indien und Pakistan. Mit Sitz in Peking wird die SCO zunehmend zum wirksamen Instrument chinesischer Diplomatie. Neben dem Iran sind mit Ausnahme Turkmenistans alle ehemaligen zentralasiatischen Republiken der UdSSR sowie Belarus Mitglieder. Die Mongolei und Afghanistan haben Beobachterstatus, zu den Dialogpartnern gehören Ägypten, Saudi-Arabien, Katar, die VAE und die Türkei. Präsident Erdogan, gemeinsam mit Viktor Orban ein unsicherer Kantonist der NATO, nutzte das Treffen in Astana zu Gesprächen mit seinen russischen und chinesischen Amtskollegen.

Nach Zusammensetzung und politischer Zweckbestimmung ist die SCO der eurasische Gegenentwurf zur euro-atlantischen NATO. Schon 1904 warnte Sir Halford Mackinder die Royal Geographical Society in London in seinem Vortrag "The Geographical Pivot of History" vor einer solchen Konstellation, bevor er in seinem Buch "Democratic Ideals and Reality" die Ressourcen autokratisch regierter Staaten auf der eurasischen Landmasse dem auf Seemacht beruhenden, vom Niedergang bedrohten angelsächsischen Liberalimperialismus zusammenfassend gegenüberstellte.

120 Jahre nach Mackinders Vortrag wird das Machtpotential des eurasischen Kernverbunds durch die Ressourcen der BRICSplus-Gruppe noch erweitert. Von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika als Gegenstück zur westlichen G-7 Gruppe konzipiert, schlossen sich Anfang 2024 Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien, die VAE und Argentinien den BRICS-Gründerstaaten an. Im Sommer 2024 umfasst die Ländergruppe 42 % der Weltbevölkerung und nahezu 30 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts.

### Gefahrenherd Westasien

Die Wendung der arabischen Staaten Richtung Peking, Moskau und Teheran weist auf den raschen Einflussverlust der euro-atlantischen Staaten im westasiatisch-afrikanischen Übergangsraum hin. Unter chinesischer Ägide näherten sich Saudi-Arabien und Iran schon 2022 an, bevor sie im März 2023 in Peking die Normalisierung ihrer Beziehungen vereinbarten. König Salman gratulierte am 5. Juli 2024 dem neu gewählten iranischen Präsidenten Peseschkian sofort und bezeichnete Iran und Saudi-Arabien als "brüderliche Völker". Im Vergleich dazu war Putins Glückwunsch geradezu verhalten, er charakterisierte Iran und Russland lediglich als "befreundete Völker". Aber unabhängig von sprachlichen Nuancen teilen Iran, Saudi-Arabien und Russland gemeinsame Interessen: Systemstabilität und hohe Erdölpreise.

Die veränderten Machtverhältnisse haben Rückwirkungen auf die mit dem jüdischen Staat aus unterschiedlichen Motiven in einer Sonderbeziehung verbundenen NATO-Mitglieder USA und Deutschland. Angesichts des neun



Monate dauernden Abnutzungskrieges im Gaza-Streifen nimmt das Eskalationsrisiko entlang der israelisch-libanesischen Grenze zu und die Kooperation mit der Regierung Netanjahu wird gewiss nicht einfacher.

Weder in der EU noch in der Atlantischen Allianz ist mit einer gemeinsamen Strategie zur Befriedung der Region zu rechnen. Die NATO-Staaten Spanien und Norwegen beabsichtigen ebenso wie das EU-Mitglied Irland, als Reaktion auf das harte israelische Vorgehen gegen die palästinensische Zivilbevölkerung Palästina als Staat völkerrechtlich anzuerkennen. Die Unterstützung des NATO-Mitglieds Türkei für die Palästinenser und die Hamas ist allgemein bekannt.

### Nüchterner Ausblick

Als Ergebnis des aufwendig inszenierten NATO-Gipfels bleibt daher nur die Perspektive zunehmender Unsicherheit. Die plötzlich auf die politische Tagesordnung gesetzte Stationierung amerikanischer Langstreckenwaffen in Deutschland wird die sicherheitspolitische Sommerdiskussion vor den Landtagswahlen in Mittel- und Ostdeutschland bestimmen. Gleichzeitig befindet sich die westliche Führungsmacht bis Anfang November in einem erbitterten Wahlkampf mit ungewissem Ausgang. In jedem Fall würde eine zweite Präsidentschaft sowohl von Joe Biden als auch von Donald Trump Deutschland und Europa mit zusätzlichen, schwer zu kalkulierenden Risiken belasten.

Ein Ende des Ukraine-Krieges ist ebensowenig in Sicht wie eine Beruhigung der Lage im Nahen und Mittleren Osten. Die weitere Abkoppelung wichtiger Drittstaaten von euro-atlantischen Positionen ist absehbar, die Formierung weltpolitischer Gegenkräfte im Gange. Vor diesem Hintergrund werden deutsche und europäische Stimmen, die eine Wende der sicherheitspolitischen Depressionsspirale verlangen, lauter werden.

Die Forderung nach einer eigenverantwortlichen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik verdient zwar grundsätzliche Unterstützung, denn die gemeinsame Nutzung des in der EU vorhandenen, immer noch hohen Abschreckungspotentials macht eine souveräne europäische Verteidigungsstrategie prinzipiell möglich. Aber der aktuelle politische und ökonomische Zustand der EU sowie die kurz- und mittelfristigen Zukunftsperspektiven ihrer wichtigsten Mitgliedsstaaten führen auf den harten Boden der Wirklichkeit zurück. Hier und jetzt kommt es für Berlin darauf an, bei der Unterstützung der Ukraine politisch, strategisch und finanziell nicht allein exponiert zu sein und, wenn irgend möglich, gemeinsam mit der EU einen diplomatischen Beitrag zur Beendigung des Krieges zu leisten

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und erschien erstmalig als Gastbeitrag am 13. Juli bei CICERO online.



### Über den Autor dieses Beitrags

---

Botschafter a.D. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt ist Fellow des Liechtenstein Institute on Self-Determination der Princeton University. Er war von 2014 bis 2017 Chefinspekteur des Auswärtigen Amts (AA) der Bundesrepublik Deutschland und leitete davor von 2012 bis 2014 die Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik und Kommunikation des AA. Er war deutscher Botschafter in der Republik Korea und in Afghanistan. Davor arbeitete er an den deutschen Botschaften in Moskau und Washington sowie bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel.



*Hans-Ulrich Seidt*